

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Werkeltäglicher Abonnementspreis 0,75 M.;
freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hilfs-Büro)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 46.

Berlin, Sonnabend, 7. Juni 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Grundsätzliches zur Errichtung eines Reichseinigungsamtes. — Das Ergebnis der preussischen Landtagswahlen. — Der Kampf gegen die Tuberkulose. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Literatur. — Anzeigen

Wieder steht der Quartalswechsel vor der Tür, und damit wird den vorwärtsstrebenden Kollegen von neuem die Pflicht auferlegt, die Werbearbeit für das Verbandsorgan zu beginnen.

Der Verlauf unseres Verbandstages

hat überall in Mitgliederkreisen eine vorzügliche Stimmung ausgelöst. Der Wille, für die Organisation zu wirken und ihr neue Anhänger zuzuführen, macht sich stärker denn je bemerkbar.

Diese Zeit muß der Ernte dienen!

Schneidet das Eisen, solange es warm ist, und laßt den günstigen Augenblick nicht unbenuzt vorübergehen.

Das beste Agitationsmittel

aber ist „Der Gewerksverein“, der über alle Vorgänge in der Arbeiterbewegung und vor allem in unserer Organisation unterrichtet, die sozialpolitischen Ereignisse vom Standpunkte der Deutschen Gewerksvereine bespricht und insbesondere wichtiges Material zum

Kampf mit unsern Gegnern

liefern. Darum auf zur Werbearbeit, damit wir recht viele wohlgerüstete Vorkämpfer erziehen! In jedem Ortsverein muß ein rühriger Kollege es sich angelegen sein lassen, neue Abonnenten zu gewinnen, ihre Adressen zu sammeln und für die Verteilung auf dem zuständigen Postamt zu besorgen.

Der Abonnementspreis beträgt pro Vierteljahr 75 Pf. Bei wöchentlich zweimaliger Zustellung durch den Briefträger kommen dazu noch 18 Pf. Beleggeld.

Grundsätzliches zur Errichtung eines Reichseinigungsamtes.

Von Dr. Ludwig Hende, Halensee.

Der Reichstag hat am 27. Mai die Petition des Zentralrats der Deutschen Gewerksvereine und der Arbeitgeberverbände des Gewerbegerichts Bremen betreffend die Errichtung einer Zentralstelle im Reichsamt des Innern zur Förderung der Tarifverträge und den späteren Ausbau dieser Stelle zu einem Reichseinigungsamt dem Reichszentralrat zur Berücksichtigung überwiesen. Es ist nun zwar leider nicht anzunehmen, daß diese Berücksichtigung schon in nächster Zeit erfolgen wird; aber zumindest ist die Sache wieder in Fluß gekommen und wird von der öffentlichen Meinung weiter verfolgt werden.

Es ist an dieser Stelle nicht notwendig, auf die Einzelheiten der Frage des Reichseinigungsamtes einzugehen. Wohl aber scheint es angebracht, ein paar Worte grundsätzlicher Art zu sagen.

Die Gegner der Reichseinigungsamtsidee haben für ihren ablehnenden Standpunkt verschiedene Gründe. Teilweise handelt es sich da nicht um grundsätzliche Bedenken, sondern mehr um solche taktischer Natur. Das ist z. B. der Fall, wenn gesagt wird, unser ganzes übriges Arbeits-

recht ist noch nicht soweit ausgebaut, daß man sich schon an eine so heikle Frage, wie die der Konzentrierung und Monopolisierung des Einigungsweins heranzuwagen dürfte; oder wenn man sagt, ohne die Gewährung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine sei ein Reichsstatut — wie es zunächst gefordert wird — nicht zu einem brauchbaren Reichseinigungsamt ausbaufähig. Ueber derartige Fragen wird man immer zweierlei Meinungen sein können, je nachdem, ob man glaubt, daß ein Teilerfolg den Gesamtterfolg gefährden oder im Gegenteil fördern kann.

Die zweite Gruppe von Gegnern besteht aus denen, die jeden Einritt in das Faustrecht des Kampfes zwischen organisierten Arbeitgebern und -nehmern verwerfen, weil sie an die endgültige Niederwerfungsmöglichkeit des wirtschaftlichen Gegners glauben. Hierhin gehören einmal die extremen Sozialreformer, die sich in dem Traume wiegen, die Arbeiterorganisationen demaleinst in Scherben zu schlagen zu können, und die hierin nicht gern irgendwie behindert werden möchten; dann aber auch naive Arbeiter, die sich in Generalstreikphantasien gefallen und es für ein bei erstem Willen schon ziemlich bald erreichbares Ziel halten, das ganze Arbeitgebertum auf die Knie zu zwingen. Diese beiden extremen Richtungen handeln schon inkonsequent, wenn sie überhaupt sich auf das Abschließen von Tarifverträgen einlassen, weil sie, wenn anders sie den Willen zur Realisierung der Verträge haben, die Chance einer völligen Ausnutzung jedes Konjunkturvorzuges aus der Hand geben und für den „Erschall!“ damit rechnen müssen, daß ein Teil ihrer Mannschaften durch Verträge gefesselt ist. In Deutschland dürfte auf Arbeiterseite die Zahl der Verionen, die konsequent auf solchem extremen Standpunkte stehen, nicht sehr groß sein; auf Arbeitgeberseite hingegen muß man die ganze Buedische Richtung hierherzählen.

Wichtiger aber noch ist eine dritte Gruppe. Bei ihr handelt es sich um ehrliche Arbeiterfreunde, denen aber trotzdem der Gedanke des Reichseinigungsamtes unheimlich ist. Sie geben von der Auffassung aus, daß es ein außerordentlich wünschenswertes Ziel sei, das Verantwortungsbewußtsein der organisierten Arbeitgeber und -nehmer zu heben. Dieses Verantwortungsgefühl müßte so entwickelt werden, daß beide Teile sich ideen, einen großen Kampf, der die beiderseitigen Kräfte schwer belastet, den Beteiligten Lohn- und Gehaltsausfälle bringt und das nationale Wirtschaftsleben bedenklich schädigt, herauszubekämpfen. Diese Entwicklung aber vollziehe sich am allerbesten, wenn man vorläufig gar nicht daran denkt, die bittere Schule der Erfahrungen könne niemandem erspart werden, ohne daß er nicht letzten Endes selbst den Schaden davon hätte. Darum solle man ruhig die Geister aufeinanderplätzen lassen und es nur als ein notwendiges Lehrgeld ansehen, wenn auf einige Zeit noch große Wirtschaftskämpfe kommen. Gätten die letzteren erst beide Teile belehrt, daß das Ergebnis langer Kämpfe meist doch nur ein Teilerfolg für beide Seiten sei, so würden sie mehr und mehr dazu übergehen, von vorn herein ein nageres Kompromiß dem fetten Prozeß eines langen Arbeitskampfes vorzuziehen. Dann aber sei die Erkenntnis vom Werte der Einigung auf mittlerer Linie fittlich wertvoller und wurde viel fetter in der beiderseitigen Ueberzeugung, als wenn die Parteien, wie das bei einem Reichseinigungsamt der Fall sein würde, ihr ganzes Gebahren nach ihrem Agitationsbedürfnis einrichten und dann, wenn keine Einigung zustande gekommen ist, die eigene Verantwortung auf den Schiedsrichter abwälzen und sich ihren Mitgliedern gegenüber draußen im

Land hinter dessen Persönlichkeit in allen Punkten, die den ursprünglichen überspannten Forderungen nicht entsprechend geregelt seien, verhalten könnten.

Man wird zugeben müssen, daß diese Argumentation etwas Bestehendes hat und daß es kein Zeichen unsozialer Gesinnung ist, sie sich zu eigen zu machen. Aber wir haben doch allen Anlaß, ihr zu widersprechen. Denn erstens einmal ist dasjenige, was die Vertreter einer solchen Ansichtung praktisch fordern — eben das ruhige Abwarten — ja gerade dasjenige, was bisher schon immer gechehen ist, ohne daß ein anscheinender Erfolg bezüglich der Steigerung des Verantwortungsgefühls die Folge gewesen wäre. Nach jahrzehntelangen Gebenlassen können wir heute zwar ein erntliches Zunehmen der „trodenen“ Bewegungen konstatieren, eben aber immer wieder, wie auf Seiten der Sozialreformer oft genug eine Unverantwortlichkeit zutage tritt, die geradezu erschreckend ist. Die Arbeitgeberorganisationen sind teilweise noch sehr weit davon entfernt, die Kinderstube ihrer Entwicklung ausgetreten zu haben. Ihnen hängen die Himmel noch voller Geigen, so daß wir immer das Bild erleben, daß die „gärende“ Arbeitermasse verständig ist (wenigstens soweit ihre Führer in Frage kommen), während das Sozialreformerium sich nicht zum Entgegenkommen entschließen kann. Denken wir doch an den Märzstreik 1912, denken wir an die Iobeh für die Arbeiterchaft ruhmvoll vollendete Waleranspernung zurück! War die Unverhältnlichkeit nicht beide Male allein im Arbeitgeberlager zu finden? Und wer gibt uns eine Gewähr, daß das in absehbarer Zeit, — d. h. bevor neuer nationaler Schaden großen Umfangs daraus entsteht — anders wird? Zweitens aber gehen die Vertreter der Ansichtung: man wolle den Dingen ihren Lauf lassen, wohl meist von falschen Begriffen dessen, was von denen, die auf dem Wege über eine Tarifvertrags-Reichsstelle zu einem Reichseinigungsamte kommen wollen, unter dem letzteren verstanden wird. Sie halten es wohl in der Regel für sicher, daß aller Nachdruck auf den Schiedspruch und seine Erzwingbarkeit (— für die in der Tat m. E. die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine eine unabwiesbare Voraussetzung wäre —) gelegt wird. In Wahrheit denken sich die Freunde eines Reichseinigungsamtes die Entwicklung durchaus schrittweise und lassen es noch dahingestellt, ob schließlich der Schiedszwang über Jahr und Tag einmal kommen soll oder nicht. Viele, sehr viele Gründe sprechen dagegen, in dieser Hinsicht voreilig und unter mechanischer Uebertragung der andersartigen Verhältnisse Australiens vorzugehen. Was vorläufig beabsichtigt ist und was insbesondere vom Freiherrn v. Verlevis in dem bekannten — übrigens unter bedauerlichster Unteresselosigkeit der weitesten Berliner Arbeiterkreise — am 8. März 1911 gehaltenen Vortrage über die Frage des Reichseinigungsamtes als Ziel aufgestellt war, das war zunächst nur die Ausrichtung des Amtes mit Ercheinens- und Verhandlungszwang. Bis zu diesem Stadium der Entwicklung aber kann man auch dann keine Einwendungen erheben, wenn man statt des Wirtschaftskampfes den der Erziehung zum Verantwortlichkeitsgefühl obenanstellt. Denn hier handelt es sich vorerst nur darum, den Dickköpfe und Unverhältnlichen es etwas schwerer zu machen, sich der Rechtfertigung an unparteiischer Stelle und der vernünftigen Aussprache mit dem wirtschaftlichen Gegner zu entziehen. Darin aber liegt gerade eine vorzügliche Schule zum Verantwortungsbeuüßsein, weil damit endlich

die wohlfeile Methode, sich mit einer hochtrabenden „Erklärung“ der Öffentlichkeit gegenüber zu „rechtfertigen“, aufhören und an ihre Stelle die ernste Selbstprüfung und die gute Fundierung des gewonnenen Standpunkts gegenüber dem Partner treten muß.

So läßt sich also sagen, daß die Geaner einer Einschränkung der eigenen Verantwortlichkeit bei der Einführung eines Reichseinkommensamtes, das vorerst nur Schiedsprüche ohne Erzwingbarkeit, wohl aber die Erzwingbarkeit des Erscheinens und Verhandelns vorlieht, vollauf auf ihre Kosten kommen. Ob es richtig ist, aus den angeführten Bedenken heraus sich gegen Zwangsschiedsprüche grundsätzlich festzulegen, das kann ein andermal näher beleuchtet werden. Erinnert darf aber heute schon daran werden, daß z. B. in der Heimarbeit die zwingende Lohnfestlegung, die natürlich auch in der Art von Schiedsprüchen hätte vor sich gehen müssen, seinerzeit bei der Hausarbeitseinkommensgebung von den weitesten Kreisen gefordert worden ist. Unter gewissen Voraussetzungen zumindest wird man aber also auch in dieser Frage zur Anerkennung der Berechtigung weitgehenden Zwanges kommen können.

Das Ergebnis der preussischen Landtagswahlen.

Von Erich Dombrowski-Gera.

Die endgültige Entscheidung im preussischen Landtagswahlkampf ist nunmehr gefallen. Auch die Wahlmänner haben ihre Stimme abgegeben. Und das Resultat ist nicht anders ausgefallen, wie wir es alle bei dem nach einem Worte Bismarcks widersinnigsten und elendesten Wahlrecht erwarteten hatten. Es bleibt alles so, wie es war. Konservativ und Zentrum haben eine unerschütterliche Mehrheit. Sie werden also dem Kurse der preussischen Politik und damit indirekt selbst der Reichspolitik ihren Stempel auch weiterhin aufdrücken. Das bedeutet Stillstand, wenn nicht Rückschritt in unserer weiteren kulturellen Entwicklung.

Zimmerlin ganz spurlos sind die Vorgänge der inneren Politik der letzten Jahre auch an diesen Wahlen nicht vorübergegangen. Etwas hat sich auch hier das Bild verschoben. Die vorigen Wahlen hatten im Zeichen des Bülowblocks stattgefunden. Die bürgerlichen Parteien hielten ihre Kandidaten gegenseitig heraus. Die Rechte schnitt dabei so gut ab, daß ihr nur sechs Mandate zu einer absoluten Mehrheit im Abgeordnetenhause fehlten. Das ist jetzt anders geworden. Der Traum der Rechten, mit einer absoluten Mehrheit ihr schrankenloses Machtpolitik im preussischen Abgeordnetenhause treiben zu können, ist vorläufig vollständig zerronnen. Denn diesmal haben die Parteien der Rechten (Konservative, Freikonservative und Antifemiten) insgesamt 13 Mandate verloren, Einbußen, die, zusammen mit zwei Mandatsverlusten der Polen, lediglich den Parteien der Linken, darunter die Nationalliberalen, zugute gekommen sind. Die Linksparteien haben die Zahl ihrer Sitze von 110 auf 125 erhöht. Nur das Zentrum hat sich in seinem Bestande nicht verändert. Es ist bei seinen 103 Abgeordneten stehen geblieben. Der Zentrumsturm allein übt von den brandenden Wogen der Wahlen unberührt geblieben.

Das Wahlergebnis wird also keinen Einfluß auf die weitere Politik Preussens haben. Im Gegenteil. Zentrum und Konservative werden nur noch fester zusammenhalten, da die Rechte jetzt mehr noch als früher auf die Unterstützung des Zentrums im Abgeordnetenhause angewiesen ist. Selbst ohne die Freikonservativen und Polen haben die äußerste Rechte und das Zentrum eine absolute Mehrheit von 251 Sitzen. Dagegen wird niemand ankämpfen können. Alle anderen Parteien, selbst wenn sie gemeinsam marschieren, sind gegen diese Front machtlos. Danach wird sich auch die Regierung richten. Auch sie kann nicht wider den Stachel lösen. An eine Auflösung des Abgeordnetenhauses ist, mag es kommen, wie es will, überhaupt nicht zu denken. Das heutige ungerechte Wahlrecht, die heutige ungerechte Wahlkreis-Einteilung sichern den Parteien der Rechten von vornherein einen solchen Vorsprung vor allen andern Parteien, daß dagegen überhaupt nicht anzukämpfen ist. Für die Regierung ist es etwas Unvermeidliches, in das sie sich fügen muß.

Von diesem Standpunkte aus haben wir die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten der Kultur- und Wirtschaftspolitik in Preußen abzumägen. Da ist zuerst das Wahlfrecht, das A und O unserer gesamten inneren Politik. Wird die Regierung eine neue Vorlage einbringen, um der großen Masse des preussischen

Volkes, vor allem dem Arbeiter- und Handwerkerstande, eine ihrer Zahl und Bedeutung wirklich entsprechende parlamentarische Vertretung zu garantieren? Einen Entwurf wird die Regierung vielleicht dem neuen Hause, jetzt oder später, vorlegen. Denn noch immer ist die feierliche Zusage einer Thronrede in dieser Hinsicht unerfüllt geblieben. Aber wird diese Vorlage wenigstens den ehrlichen Versuch machen, halbwegs den Wünschen nach einem gerechten Ausgleich der Bevölkerungsklassen im Wahlrecht entgegenzukommen? Wir sind pessimistisch genug, das zu verneinen. Die Vorlage wird, wie schon die erste, so kläglich gescheiterte eine Einerseits-Andereits-Vorlage sein, die rechts nicht antöken und links ein bißchen schmickeln soll. Wie das erste Mal, wird es auch dieses Mal auf das Zentrum anfallen. Und es ist nicht ausgeschlossen, daß es sich jetzt weniger unangenehm den Wünschen der Linken verhält, da es nicht mehr um seine Wiederbestätigung in der Kurie der Regierung zu kämpfen braucht, nachdem es schon längst wieder zum ausschlaggebenden Faktor geworden ist.

Auf die Falschung des Zentrums wird voranschreitend überhaupt viel ankommen. Da ist nach der Wahlrechtsfrage zum Beispiel das Kapitel der Verwaltungsreform, die in der kommenden Legislatur-Periode hoffentlich endlich durchgeführt wird. Zu dieser Frage, die die gesamte Bevölkerung außerordentlich interessiert, gehört auch eine Reform der preussischen Einkommensteuer-Veranlagung, und dazu wieder die Unterfrage: Landrat oder selbständige Einschätzungsbehörde auf dem Lande?

Erlt wenn der Landrat nicht mehr die Steueranmeldung auf dem Lande vornimmt, sondern ein von der ganzen Umgebung völlig unabhängiger Beamter ist eine Gewähr für eine wirklich zutreffende Besteuerung der Einkommen gewährleistet. Man darf hoffen, daß dann, da man ganz allgemein von vielen Millionen Mark zu wenig veranlagter Steuern irridit, auch eine Rückwirkung auf die Steuergestaltung nicht ausbleiben wird, daß z. B. die letzten verweigerten Zuschläge wieder beseitigt werden. Die Rechte freilich wird auf keinen Fall zu einer, wenn auch nur halben Entthronierung des allmächtigen Landrats ihre Zustimmung geben, ebensowenig zu einer wirklich durchgreifenden inneren Kolonisation, die uns zur Befämpfung unserer Not so bitter nottut. Die innere Kolonisation kann aber nur zu einem großen Teile auf Kosten des Großgrundbesitzes vor sich gehen. Und soll der Großgrundbesitz langsam den Akt abtügen, auf dem er sitzt? Er denkt nicht daran. Durch die Vermehrung der Fideikomisse, der unerwünschten Familiengüter, sucht er seine Macht sogar noch zu erhöhen. Ueber sechs Prozent ganz Preussens sind heute schon fideikommissarisch gebunden. Wird darin eine Milderung eintreten? Es heißt, ein neues Fideikommissgesetz ist in Vorbereitung. Wird es aber, ja kann und darf es den rechtsstehenden Parteien auch nur ein klein wenig wehe tun?

Etwas freundlichere Ausichten eröffnen sich für das bevorstehende Wohnungsgesetz, sofern das Reich die Sache nicht in die Hand nimmt und sie, was das Beste wäre, einheitlich regelt. Hier wird das Zentrum, das sich auf diesem Gebiete schon einige Verdienste erworben hat, hoffentlich nicht verjagen und ersichtlich an der so dringenden Reform unseres Wohnungswesens mitarbeiten. Dann kann hier noch etwas sozial Gesundes zustande kommen. Vielleicht ist auch ein Zusammengehen der Parteien der Linken mit dem Zentrum in der Frage der Staatsarbeiter möglich, deren Verhältnis zu ihrem Arbeitgeber, rechtlich und wirtschaftlich, endlich einmal auf eine sichere Grundlage gestellt werden muß. Dagegen wird man alle Hoffnung fahren lassen müssen, daß die Volksschule von neuem in den Mittelpunkt von Reformbestrebungen gestellt wird. Die nationale Einheitschule, die die Kinder aller Kreise unseres Volkes ohne Ausnahme erst einmal drei bis vier Jahre in sich vereinigt und so sozial ausgleichend wirkt, um dann allen Befähigten einen Aufstieg in die höheren Schulabteilungen zu ermöglichen, wird einstweilen noch ein schönes Ideal bleiben, dessen Verwirklichung in weiter Ferne liegt.

So dürfen wir, ziehen wir das Resultat, nur wenig von dem neuen Abgeordnetenhause erwarten. Und auch das Wenige nicht ohne Einschränkung. Der Kurs bleibt der alte. Der Großgrundbesitz wird auch weiterhin das große Wort führen. Und die Regierung wird sich fügen. Nicht gar zu ungern, denn sie ist schließlich auch nur Fleisch von ihrem Fleische.

Der Kampf gegen die Tuberkulose.

Je enger die Bevölkerung durch unsere sozialen Verhältnisse zusammengebrängt wird, um so gefährlichere Feinde erziehen ihr durch zahlreiche gesundheitschädliche Einflüsse. Einer der furchtbarsten unter ihnen ist die Tuberkulose. Gegen sie wird daher bei uns der Kampf planmäßig, mit großen Kosten und allen Mitteln der Wissenschaft, Technik und praktischen Erfahrung geführt. Größeres hat auf diesem Gebiete bisher kein Kulturstaat geleistet. Die stärkste Anregung zu diesem Kampfe gab die deutsche Arbeiterversicherung, die mit ihrer auch den geringsten Arbeiter umfassenden Fürsorge ganz allgemein die Wertschätzung des Menschen an sich auf eine höhere Stufe gehoben hat. Der Arbeiterversicherung haben wir auch die schnelle Ausbreitung der Tuberkuloseheilstätten zu danken.

Gegenwärtig bestehen in Deutschland 142 derartige Heilstätten für erwachsene Lungenkranke, in denen im letzten Jahre etwa 41 000 Kranke durchschnittlich drei Monate behandelt sind. Für lungentuberkulöse Kinder gibt es 27 Heilstätten, außerdem 103 Anstalten für infirmitäten Kinder. Weiter sind 23 Heilanstalten vorhanden, die aber nur eine geringe Zahl von Tuberkulösen aufnehmen, und 42 Beobachtungsstellen, in denen eine Analyse der in den Heilstätten zu überführenden Kranken getroffen wird. Für Lungenkranke, deren Leiden weit vorgeschritten ist, bestehen 222 besondere Pflegeheime; 1500 Fürsorgestellen befaßen sich mit der Pflege solcher Schwertuberkulösen, die aus irgend einem Grunde nicht in ein Krankenhaus oder eine Heilstätte überführt werden können und in der eigenen Wohnung den Ausgang ihres Leidens abwarten.

Für die Errichtung neuer Fürsorge- und Heilstätten wurden im vorigen Jahre in Deutschland 1 551 000 Mk. ausgegeben. Seit 1891 hat in Deutschland die private Wohltätigkeit, der ein großer Teil des Kampfes gegen die Tuberkulose zufällt, für diesen nicht weniger als zehn Mill. Mark und außerdem das Deutsche Zentral Komitee zur Befämpfung der Tuberkulose zwei Millionen Mark aufgebracht. Diese Zahlen sind für den finanziellen Umfang der privaten Fürsorge jedoch nicht erschöpfend, da es bisher nicht möglich war, von allen auf diesem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege arbeitenden Körperlichkeiten, Vereinen und Anstalten Berichte über ihre Tätigkeit zu erlangen. Zimmerlin hielt die genannte Hauptstelle für Tuberkulosebefämpfung gegenwärtig mit etwa 700 deutschen Vereinen, die ähnliche Zwecke verfolgen, in ständiger Verbindung. Für die Organisation des Kampfes ist sie von vorbildlicher Bedeutung geworden. Die Zentralstelle hat sich zur Aufgabe gesetzt, in Deutschland alle zur Befämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit geeigneten Maßnahmen anzulegen und zu fördern. Besonders will sie auf die Errichtung von Heilstätten für Arme und Wohlhabende hinwirken und die Errichtung solcher Heilstätten durch Gewährung von Mitteln unterstützen. Für den Aufenthalt der Kranken in diesen Anstalten gewährt sie jedoch in der Regel keine Zuschüsse. Diese sollen vielmehr, wo es sich um Bedürftige handelt, durch Ortsvereine, Vereine vom Roten Kreuz, Gemeindevorstände und in anderer Weise geleistet werden.

Die allgemeine Ueberzeugung der Tuberkuloseärzte ist es, die auch auf der kürzlich in Berlin abgehaltenen Hauptversammlung des Zentral Komitees zum Ausdruck gelangte, daß alle Tuberkulösen zu ihrem und dem Wohl ihrer Umgebung in Anstalten untergebracht werden sollten. Namentlich der letzte Verlauf dieser furchtbaren Krankheit bedeutet für die Angehörigen und Nachbarn eine sehr große Ansteckungsgefahr. Von dem Leiter der Heilstätte Edmundsthal-Steinwald, Dr. Ritter, wurde auf der genannten Tagung der Rückgang der Tuberkulosesterblichkeit in Hamburg — auf 10 000 Einwohner im Jahre 1896/10, 19, im Jahre 1912 jedoch nur noch 8,61 — neben der besseren Wohnuna, Ernährung und Hygiene der ärmeren Bevölkerung auch darauf zurückgeführt, daß 1896 nur 40 Proz. der Lungentuberkulösen das Ende im Krankenhaus abwarteten, im Jahre 1912 aber 56 Proz. Dr. Ritter weist darauf hin, daß in unserer Bevölkerung die Zahl der schwerer Erkrankten ein Krankenhaus auszuweichen, immer mehr geschwunden ist.

Die im letzten Abschnitt ihrer Krankheit stehenden Tuberkulösen würden aber die Krankenhäuser noch häufiger aufsuchen, wenn bei deren Bau eigene Abteilungen für Tuberkulöse geschaffen und auch Gelegenheit zum Spazierengehen gegeben würde. Der Redner hat daher die für den Bau von Krankenhäusern namentlich in Betracht kommenden

Städteverwaltungen, diese Forderung der Tuberkulosefürsorge zu beachten.

Hatte nun diese Fürsorge bereits nennenswerte Erfolge? Glücklicherweise kann man auf diese Frage eine befriedigende Antwort erteilen. Nach Feststellungen des preussischen Statistischen Landesamtes ist im Jahre 1912 in Preußen die Tuberkulosesterblichkeit abermals zurückgegangen. In diesem Staate starben 1911 an der Krankheit 61 219 Personen oder 15,12 auf je 10 000; 1912 war diese Sterblichkeit zurückgegangen auf 59 509 oder 14,49 auf je 10 000. Die statistischen Zahlen aus dem Reich sind noch nicht bekannt, aber man darf wohl annehmen, daß die Tuberkulosesterblichkeit auch im Reich geringer geworden ist.

Dieser Erfolg muß zu neuer Arbeit anspornen. Es müssen die Mittel gefunden werden, den Kampf gegen eine der verheerendsten Volksleiden auf breiterer Grundlage zu führen. Es gilt namentlich, die Wohnungen zu verbessern, ausgedehnteste Hygiene bei Erkrankungsfällen zur selbstständigen Wohnbarkeit zu machen und überhaupt unablässig in breiten Volksschichten Arbeit über das Wesen der Tuberkulose zu verbreiten. Daß es dabei auch den allgemeinen sozialen Fortschritt zu fördern gilt, ist selbstverständlich: also Verkürzung langer Arbeitszeiten, fluge Berufswahl, besseren Schutz gegen Erkrankung der Jungen an den Arbeitsläsen, Verbilligung notwendiger Nahrungsmittel, Kampf gegen Kneipenluden, unmäßigen Alkohol- und Nikotingenuß und Behebung der Wanderlust in Luft und Sonne. Der Hauptkampf gegen die Tuberkulose wird aber immer an ihrem gefährlichsten Herde, nämlich der ungesunden Wohnung zu führen sein.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 6. Juni 1913.

Volkversicherung! An zahlreiche Ortsvereine sind von der Lebensversicherungsanstalt Westpreußen, die dem Verbanne öffentlich-rechtlicher Lebensversicherungsanstalten angehört, Rundschreiben versandt worden, in denen zum Beitritt aufgefordert wird und Vertrauensmänner für diese Art der Volkversicherung herangezogen werden sollen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in nächster Zeit auch von anderer Seite derartige Verträge bei unsren Mitgliedern unternommen werden. Demgegenüber weisen wir noch einmal darauf hin, daß sich unsere Mitglieder und Vereine solchen Verträgen gegenüber ablehnend zu verhalten haben. Die Frauen-Vergräbniskasse des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine ist so ausgebaut worden, daß der Höchstbetrag für das Sterbegeld bis auf 500 Mark gebracht werden konnte. Außerdem ist die Versicherung künftig nicht allein mehr Frauen, sondern auch Männern gestattet. Die offizielle Genehmigung dieser Änderungen durch das Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung kann jeden Tag eintreffen. Außerdem hat auch der Gewerksverein der Maschinenbauer eine Sterbekasse, der nicht allein die Gewerksvereinsmitglieder selbst, sondern auch deren Frauen und Kinder sowie die ihrem Haushalt angehörenden Verwandten betreten können. Auch hier ist ein Höchstbetrag von 500 Mark für das Sterbegeld in Aussicht genommen. Ferner wird von ihr eine Kinderversicherung sowie eine Konfirmations-, eine Aussteuer- und eine Militärdienstversicherung eingeführt werden. Auch hier darf in aller nächster Zeit die Zustimmung des Kaiserlichen Aufsichtsamtes erwartet werden. Der Gewerksverein der Holzarbeiter hat ebenfalls eine Vergräbniskasse, die Sterbegelder bis zur Höchstsumme von 180 Mk. auszahlt.

Daraus ist zu ersehen, daß dem Versicherungsbedürfnis unserer Mitglieder in unsern eigenen Einrichtungen eigentlich schon in weitgehendem Maße Rechnung getragen ist. Wer aber über die genannten Sätze hinaus sich versichern will, der soll dies in der Deutschen Volksversicherungsgesellschaft tun, mit welcher der Verband der Deutschen Gewerksvereine be-

reits einen Vertrag abgeschlossen hat. Nebenfalls sollen die Kollegen, die eine Versicherung einzugehen beabsichtigen, sich jetzt noch kurze Zeit gedulden, bis die eigenen Einrichtungen die behördliche Genehmigung gefunden haben. Das kann, wie gesagt, nur noch einige Tage dauern. Dann wird sich ja herausstellen, ob in den Gewerksvereinen selbst die Möglichkeit gegeben ist, sich in der beabsichtigten Höhe und Form zu versichern. Außerdem aber warnen wir unsere Mitglieder dringend, schon jetzt den Posten eines Vertrauensmannes für irgend eine Versicherungsgesellschaft anzunehmen. Einzig und allein kommt für uns nach dieser Richtung hin die schon genannte Deutsche Volksversicherungsgesellschaft in Betracht.

Zur Regelung der Wohnungsfrage hat der Reichstag eine besondere Kommission eingelebt, der auch die eingebrachten Anträge und Resolutionen überwiesen worden sind. Diese Kommission hat jetzt ihren letzten Teilbericht herausgegeben. Eine Reihe der Eingaben soll dem Reichskanzler als Material überwiesen werden. Außerdem aber beantragt die Kommission folgende Resolution:

Nachdem durch Beschluß des Bundesrats die Einführung von Wohnungsaufsichtsgesetzen den Einzelstaaten überlassen worden ist, erwidert der Reichstag die verbündeten Regierungen, namentlich folgende Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot umgehend in die Wege zu leiten:

1. Dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den eine Ausgestaltung des Erbbaurechts für Zwecke der Wohnungsfürsorge, insbesondere hinsichtlich der Beleihbarkeit dieses Rechts, der Mündelsicherheit dieser Beleihung und der Regelung der Verhältnisse bei Ablauf des Erbbaupactes erfolgt;

2. im Kaiserlich Statistischen Amte eine Abteilung für Wohnungstatistik zu schaffen, die regelmäßig, mindestens alljährlich, die Ergebnisse der Wohnungsaufsicht sowie eine Lebensfrist über die Lage des Bodens, Bau- und Wohnungsmarktes in den einzelnen Bundesstaaten veröffentlicht;

3. im Laufe dieses Jahres eine Kommission einzuberufen, die durch Vernehmung von Sachverständigen im kontrastistischen Verfahren die wirtschaftlichen und rechtlichen Grundlagen unseres Realreditensystems sowie des Schätzungs- und Beleihungswesens der zu Wohnungszwecken verwendeten Grundstücke, besonders mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Kleinwohnungsbaues prüft, worauf der Herr Reichstagler Veranlassung nehmen möge, die festgestellten Mängel, soweit das Reich zuständig ist, durch baldige Vorlage eines Reichsgesetzes zu beseitigen, um Abstellung der anderen die Bundesstaaten zu ersuchen;

4. den Herrn Reichskanzler um Feststellung von Grundfragen für die Veräußerung reichseigenen Geländes zu ersuchen."

Besser als gar nichts ist ja eine solche Resolution, wenn die darin aufgestellten Forderungen durchgeführt werden. Inwiefern erwidert uns die Wohnungsfrage doch so wichtig, und das Elend im Wohnungsweisen so groß, daß man schon etwas setzen zugreifen muß. Denn auf die Wohnungsangelegenheit der Einzelstaaten setzen wir nicht allzu große Hoffnungen. Vielleicht belehrt uns der rene preussische Landtag, dem ja alsbald nach seiner Eröffnung ein Wohnungsgesetz vorgelegt werden soll, eines Besseren!

Harte Streikjustiz. Die Behauptungen der reaktionären Parteien und ihrer Presse, daß die heute bestehenden Gesetze nicht ausreichen, um Arbeitswilligen im Fall eines Streiks genügend Schutz zu gewähren, werden durch Volkszeitungen und Gerichtsurteile aus Thorn i. Westpr. glänzend widerlegt. Tasselbit brach am 12. März er. bei der Firma Born u. Schöne ein Streik aus wegen Mäßregelung von 5 Arbeitern, schlechter Behandlung der Arbeiter durch einen Meister und wegen der langen Arbeitszeit. Während dieses Streiks sind nun durch die Polizei folgende Strafmassnahmen ausgesprochen worden, wobei in die Geldstrafen die Kosten mit einbezogen sind.

Wegen Anheften eines Flugblattes am 3. Juni 1 Mann 10,40 Mark, wegen Stehens auf dem Bürgersteig 6 Mann zu 6,30 bzw. 11,50, 6,50 und 3,00 Mark, wegen Flugblattverbreitung auf öffentlicher Straße 1 Mann 22,30 Mk. Dann wurden vom Gericht folgende Strafen verhängt: wegen Nötigung und Bedrohung 2 Mann je 5 Tage Gefängnis, wegen Bedrohung mit „Totschlag“ 1 Mann 20 Tage Gefängnis, wegen Beleidigung von Streikbrechern 2 Mann je 3 Tage Gefängnis.

Und da sage noch jemand, daß die bestehenden Gesetze nicht ausreichen! Was die Bedrohung mit Totschlag betrifft, so weiß jedermann, der die

berbe Sprache des Volkes versteht, daß der Drohende in Wirklichkeit gar nicht an einen Totschlag gedacht hat. Der Ausdruck: „Ich schlage dich tot“ wird so häufig im Leben des Volkes gebraucht, daß man ihn überhaupt nicht ernst nimmt; dafür gibt es aber 20 Tage Gefängnis.

Sowohl gegen einen Teil der Strafmandate wie auch gegen einige dieser Gerichtsurteile ist von den betreffenden Arbeitern Berufung eingelegt worden. Der Gewerksverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (S.-D.) hat hierzu seinen Mitgliedern vollen Rechtschutz bewilligt, sodas diese Arbeiter am Gericht von einem tüchtigen Rechtsanwaltschaft auf Kosten des Gewerksvereins vertreten werden.

Von 19 am Streik beteiligten Mitgliedern des Gewerksvereins sind 7 Mann mit Strafen im Gesamtbetrag von 66,00 Mk. und 5 Mann mit Gefängnis von zusammen 26 Tagen bestraft worden. Und das alles wegen geringer Verfehlungen! Unsere Justiz arbeitet sehr schnell und hart, wenn es gegen streikende Arbeiter geht.

Arbeiterbewegung. Auf der Schiffswerft Casar Bollheim in Cosel bei Breslau ist es zum Streik gekommen. Etwa 400 Metallarbeiter haben die Arbeit niedergelegt, weil ihre Forderungen abgelehnt worden sind. Gewünscht wurde eine allgemeine Lohnzulage und eine Erhöhung und Regelung der Arbeitspreise. Der Direktor wollte nur mit dem Arbeiterschuß verhandeln. Diesem Wunsch wurde seitens der Arbeiter Rechnung getragen, aber auch die Verhandlungen mit diesem Arbeiterschuß verliefen ergebnislos und wurden schließlich vom Direktor abgebrochen. Der Streik dauert bereits länger als eine Woche. — Auf dem Emailierwerk Rhonania in Düsseldorf streifen seit etwa 6 Wochen die Arbeiter, weil ein neuer Direktor eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse durchzuführen will. — Bei der Firma Robert Voigt in Stuttgart ist es erneut zu Differenzen gekommen. Ende vorigen Monats legten 250 Werkzeugmacher die Arbeit nieder; eine andere Abteilung folgte, weil sie der Meinung war, daß sie Streikarbeit anfertigen sollte. Die Firma sah sich darauf veranlaßt, den gesamten Betrieb einzustellen, jedoch über 3000 Metallarbeiter ausgehebert sind. Der Kampf ist umso bemerkenswerter, als die Firma Voigt sich in sozialer Beziehung eines guten Rufes erfreut. Nebenfalls wird sich Gelegenheit bieten, auf die Angelegenheit noch einmal zurückzukommen. — Der Kampf in der Nürnberger Birsten- und Pinseleinindustrie dauert unverändert fort; die eingeleiteten Einigungsverhandlungen haben keinen Erfolg gehabt. Beteiligt sind an der Bewegung etwa 1100 Arbeiterinnen und 700 Arbeiter. — In Leipzig wollten die Tachdeckermeister den Arbeitern einen Tarifvertrag aufzwingen, der gegen den bisherigen Zustand Verschlechterungen enthielt. Als sich die Arbeiter darauf nicht einließen, wurden sie ausgehebert. — Die Vacker und Einbinder der Sonneberger Spielwarenfabriken sind in eine Arbeiterbewegung eingetreten und haben, als die Verhandlungen mit der Organisation abgelehnt wurden, die Arbeit eingestellt. Die Fabrikanten und Kaufleute haben sich zu einem Verbanne zusammengeschlossen und die allgemeine Auslieferung angedroht, falls bis zum Donnerstag die Arbeit nicht wieder aufgenommen ist. — Außer in Westdeutschland sträuben sich auch in Samburga und Umgebung die Unternehmer im Malerwerke, sich dem Schiedsprüde der Unparteiischen zu fügen. Infolgedessen stehen in jenem Gebiete noch rund 1200 Arbeiter im Kampfe. Es muß dafür georgert werden, daß die Bemühungen der Schiedsmacher, Arbeitswillige aus andern Landesteilen heranzuziehen, vereitelt werden. — In den Zinse-Hofmann-Werken in Breslau sind 250 Schlosser und Schmieide in den Streik getreten, weil die Direktion es ablehnte, mit den Arbeitern zu verhandeln, um die verbleibendsten Arbeitsverhältnisse wieder zu beilegen.

Unter den englischen Werkstaten hat eine Unabstimmung stattgefunden über die Frage, ob in den Streik eingetreten werden soll oder nicht. Das Endergebnis der Abstimmung liegt noch nicht vor und ist zum mindesten zweifelhaft. Die Arbeitgeber scheinen nicht abgeneigt, die geforderte Lohnerhöhung von 5 Proz. zu bewilligen. Sollte es zum Kampfe kommen, so würden etwa 100 000 Arbeiter hineingerissen werden. — Nach nahezu einmonatiger Dauer haben die Bäckerellen in Paris ihren Streik abgebrochen. — In Petersburg streifen seit längerer Zeit in 60 bedeutenden Konfektionsbetrieben etwa 1000 Arbeiter und Ar-

